

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 49 (1969-1970)
Heft: 6

Artikel: Innenpolitische Rundschau
Autor: Spectator
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-162314>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Umgekehrt hat die *Elfenbeinküste*, die allerdings das reichste Land Westafrikas ist, mit den grössten Entwicklungschancen, ausgezeichnete Ergebnisse mit einer liberalen Wirtschaftspolitik erzielt. Zu den Erfolgen der Landwirtschaft, deren Grundlagen schon in der Kolonialzeit gelegt wurden, ist in den letzten 15 Jahren eine spektakuläre Entwicklung einer vom Staat fast ganz dem Privatsektor überlassenen, allerdings weitgehend in den Händen von Ausländern liegenden verarbeitenden Industrie gekommen. Die Regierung hat es verstanden, ohne Preisgabe ihrer Unabhängigkeit und Würde das Vertrauen der Mächte zu erringen und sich das nötige Kapital für die Entwicklung des Landes zu verschaffen. Sie bemüht sich, den privatwirtschaftlichen Aufschwung durch eigene Massnahmen mit Hilfe von Planungskommissionen zu unterstützen und zu ergänzen.

Liberia dagegen ist, obwohl es seit über 100 Jahren die Unabhängigkeit besitzt und trotz seiner Politik der offenen Tür, das am wenigsten entwickelte Land Westafrikas. Es scheint weiter unter der dort immer noch bestehenden Tauschhandelswirtschaft zu leiden, und die Regierung hat bisher für eine wirtschaftliche Planung wenig unternommen, sondern alles der Privatinitiative überlassen.

Nigeria befolgt ein gemischtes System staatlicher Hilfe bei der Infrastruktur, staatlicher Beteiligung an Industrieunternehmungen einerseits und der Förderung privater Investitionen anderseits.

Ghana leidet immer noch unter den Folgen der unrealistischen Wirtschaftspolitik Nkrumahs, die das Land nach Aufzehrung der in der Kolonialzeit angesammelten Reserven in eine schwere Verschuldung stürzte. Die Sanierung ist noch im

Gange, und der erhoffte Übergang von der Stabilisierung zu neuer Entwicklung konnte noch nicht erfolgen.

Andere Länder wie *Gambia*, *Dahomey*, *Togo*, *Obervolta* und *Niger* haben ebenfalls vor allem mit strukturellen Schwierigkeiten zu kämpfen, aus denen ein Ausweg aus eigener Kraft schwer erkennbar ist.

Wenig beachtete Fortschrittsfaktoren

Westafrika hat also sichtlich Mühe, die wirtschaftlichen Auswirkungen der an sich als zeitgemäß zu begrüssenden, aber überstürzt erfolgten Erlangung der Unabhängigkeit zu meistern. Bei allem Verständnis für den Wunsch der neuen Staaten, auch die wirtschaftliche Unabhängigkeit zu verwirklichen, kann man weder die Schwierigkeiten übersehen, die sich diesen Bemühungen entgegenstellen, noch dürfen die positiven Seiten der fortdauernden Beziehungen mit der ehemaligen Kolonialmacht unterschätzt werden, noch die Rolle der vielen europäischen und arabischen, besonders libanesischen Einwanderer, denen Westafrika sozusagen eine zweite Heimat geworden ist. Für seine wirtschaftliche, soziale und geistige Entwicklung sind Wissen, Können, Verständnis und Interesse dieser Menschen von unschätzbarem Wert. Diese positiven Beiträge sollten darum, sei es in einem marktwirtschaftlichen, sei es in einem planwirtschaftlichen Rahmen, als äusserst wertvolle, aufbauende Mitarbeit erhalten werden. Ohne sie wird es auch schwer sein, den Nachwuchs aus dem eigenen Volk heranzubilden, dem in Zukunft die Geschicke Westafrikas einmal anvertraut werden sollen.

Franz Kappeler

INNENPOLITISCHE RUNDSCHE

Nachlese zum 1. August: Problematische Modernisierung

Wer zum Ausdruck bringen möchte, dass er wirklich sachlich über Tatsachen zu sprechen gedenke, der greift oft zur Rede-

wendung, er sei kein «Augustredner». Dieser rhetorische «Dreh» ist lange recht gut angekommen; doch in neuester Zeit

will er nicht mehr so recht verfangen. In den letzten Jahren ist auch auf den Festbühnen eidgenössische Selbtkritik Mode geworden. Und da und dort hat man sogar den Versuch unternommen, auch den äusseren Rahmen der Feiern auf betont «modern» umzustilisieren.

Um zunächst bei diesem äusseren Rahmen zu bleiben: Die Modernisierungsversuche sind bisher im allgemeinen nicht besonders erfolgreich gewesen. Einer der Gründe mag darin liegen, dass der Nationalfeiertag in die Ferienzeit fällt. Weder die Politiker noch die Vereine noch andere schöpferische Kräfte fühlen sich in besonderer Arbeitslaune, um neue Formen mit der notwendigen Hartnäckigkeit ins Auge zu fassen und auszuarbeiten. Noch mehr aber fällt wohl ins Gewicht, dass die schweizerische Bundesfeier von allem Anfang an als Anlass ruhiger Besinnung gedacht war. Es ist kein Zufall, dass sie von jeher auf den Abend fiel, ohne Truppenparade und lautes Festgepränge. Das wichtigste ist nach wie vor für ungezählte Mitbürger das Augustfeuer, das die Botschaft der Eid-Genossenschaft von Dorf zu Dorf, von Hügel zu Hügel durch die Nacht signalisiert und damit auf eine symbolkräftige Art erneuert, die wohl tiefer wirkt als alle noch so wohlgesetzten Reden über die Zustände in unserem Lande. Von dieser ganzen Anlage her bleibt bei genauerem Besinnen im Grunde wenig Spielraum für durchschlagskräftige Experimente in der äusseren Gestaltung.

Was nun die «Modernisierung» der Reden betrifft, so belehrt uns ein Blick in die Spalten früherer Zeitungsjahrgänge, dass die Selbtkritik in Augustreden denn doch nicht gar so neu ist, wie heutzutage viele wahrhaben wollen. Neu ist nur die verstärkte Akzentuierung der kritischen Optik, der Versuch einer «Image»-Korrektur des Augustredners, die Neigung zu einem Jargon kritischer Distanz, zum Verzicht auch auf jene selbstverständliche Identifizierung mit diesem Staat und seinem «Establishment», die früher üblich war.

Damit sei nichts gesagt gegen die Be rechtigung einer solchermassen forcierten

nationalen Selbtkritik. Es sei nur vor der Illusion gewarnt, dass auf diese Weise schon irgend etwas Konstruktives gewonnen sei. Kritisches Bewusstsein ist gewiss von grossem Nutzen, und sicherlich war unser öffentliches Gespräch in dieser Hinsicht bisher nicht überdotiert. Letzten Endes hat es aber nur dann wirklich seinen Sinn, wenn es sich zugleich zu einem verstärkten reformerischen Gestaltungswillen verdichtet. Davor aber ist vorläufig bei aller kritischen Öffnung der politischen Diskussion noch nicht allzu viel zu ver spüren.

Brandfackeln im Jura

Im Jura ist der 1. August dieses Jahr nicht zu einem Tag der stillen Einkehr, sondern zu einem Fanal geworden, das für die nächste Zukunft nicht viel Gutes verspricht. Nachdem die Kommission Petitpierre einen vorzüglichen Bericht mit sehr fundierten Vorschlägen ausgearbeitet und die bernische Regierung im Anschluss daran mit grösster Aufgeschlossenheit und Speditivität einen Fahrplan für Entscheidungen aufgestellt hat, die weitgehend in die Hände der Jurassier selbst gelegt sind, scheinen nun die Separatisten gewillt zu sein, durch Mobilisierung ihres beträchtlichen Störpotentials für neue Unruhe und Ungewissheit zu sorgen. «Wir wollen niemals die bernische Maske auf dem Gesicht», erklärte der «Chefideologe» der Separatisten, Roland Béguin, und sprach sich damit kategorisch gegen ein Autonomiestatut innerhalb des Kantons Bern aus.

Den vorläufigen Höhepunkt fand diese mehr unterschwellig als offen geführte Gegenkampagne am 1. August in der Gemeinde Bressancourt bei Pruntrut, wo ursprünglich eine Augustfeier der Antiseparatisten geplant war, die dann aber abgesagt wurde. Das hinderte jedoch einen 400 Mann resp. Jugendliche starken separatistischen «Stosstrupp» nicht daran, trotzdem auf der Szene zu erscheinen und mit Steinen und brennenden Fackeln gegen die Häuser einzelner Antiseparatisten mit

deutschschweizerischem Namen vorzugehen. Die Antiseparatisten, deren Sinn sich ebenfalls zusehends verhärtet, haben daraufhin mit der Bildung bewaffneter Bürgerwehren gedroht.

So steht man unter dem Eindruck, dass es bei all den guten Ansätzen, die sich in letzter Zeit herausgebildet haben, noch grosser Anstrengungen bedarf, um einen neuen totalen Fehlschlag zu vermeiden. Zu viele haben zu oft Wind gesät, als dass es ohne einzelne Stürme abgehen könnte. Die politische Kunst wird darin bestehen, diese Stürme so einzudämmen, dass sich letzten Endes doch ein gangbarer Ausweg aus dem Dickicht bahnen lässt.

Die Ferien des Bundesrates

Es ist längst kein Geheimnis mehr: Unsere Bundesräte sind fast durchwegs überlastet. Die Amtszeiten werden kürzer, manchmal aus rechtzeitiger Einsicht, dass die Kräfte schwinden, immer häufiger aber auch durch das direkte Veto der Natur selbst. Seit dem Zweiten Weltkrieg ist die Zahl jener Magistraten, die durch gesundheitliche Schäden unvermutet zum Ausscheiden gezwungen wurden, bedenklich gestiegen.

Um so eher müsste man eigentlich meinen, dass unsere Landesväter darauf bedacht wären, wenigstens ihre nicht übertrieben langen Ferien voll zur Erholung auszuschöpfen. Statt dessen sehen sie sich immer wieder gezwungen – oder glauben es zu sein, – ihre «Schonzeit» durch Amtshandlungen unterbrechen zu müssen. Der Bundeshausredaktor der «Basler Nachrichten» hat in der Ausgabe vom 26. Juli darauf hingewiesen, dass einer der hohen Herren aus dem Ferienhaus zum offiziellen Tag des Eidgenössischen Schützenfestes reiste; ein anderer verschob den Ferienantritt wegen eines internationalen Kongresses, an dem er die Honneurs machte, und kam später nochmals zurück, um ein neues Telephonkabel in den Fernen Osten einzuführen. Die Reihe könnte sicherlich mit Leichtigkeit fortgesetzt werden. Es stellt

sich die Frage: Ist das nun läblicher Pflichteifer? Oder ist es nicht vielmehr falsch verstandenes Verantwortungsgefühl, das letzten Endes den Magistraten – und damit auch dem Lande – eher zum Schaden als zum Nutzen gereicht?

Spekulationen um Vakanzen

Einen besonders extremen Fall fragwürdiger magistraler Feriengestaltung bildet die «private» Afrikareise unseres Aussenministers Bundesrat Spühler. Wenn ein Chef des Politischen Departements nach Ostafrika «in die Ferien» fährt und dabei laufend mit führenden Politikern konferiert, um sich bei seiner Rückkehr verpflichtet zu sehen, dem Gesamtburgersrat wie der Presse Red und Antwort zu stehen, so mutet das doch recht merkwürdig an. Eine Erklärung für derartige «Ferienreisen» lässt sich nicht leicht finden, es sei denn, man nehme jene Gerüchte für bare Münze, die von konkreten Rücktrittsabsichten unseres reiselustigen Aussenministers wissen wollen, wobei die einzige Unklarheit noch darin bestehe, welchen Zeitraum die weiteren, recht vielfältigen Reisepläne Bundesrat Spühlers beanspruchen werden ...

Sicher ist jedenfalls, dass die Kulissenspekulationen wieder einmal voll im Schwunge sind. Falls Bundesrat Spühler auf Ende Jahr oder auf den Frühling zurücktreten sollte, so besteht nach Ansicht mancher Auguren die reale Möglichkeit weiterer Vakanzen. Diese Perspektive ist nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen, und wäre es nur deshalb, weil bei der komplizierten Wahlgeometrie im Allparteienbundesrat eine Einervakanz meist allzu wenig Spielraum lässt. Im vorliegenden Fall wäre allerdings ein vorübergehender Verlust des «Zürcher Sitzes» denkbar, indem auf Bundesrat Spühler der Waadtländer Nationalrat Graber folgen könnte. Das Verhältnis zwischen den Sprachregionen könnte dann bei nächster Gelegenheit, spätestens aber in zwei Jahren, wieder ins Gleichgewicht gebracht werden.

Für den Zeitpunkt des Ablaufs der gegenwärtigen Legislatur im Herbst 1971 wird nämlich ein grosses Revirement vorausgesagt; und tatsächlich scheint es nicht ausgeschlossen, dass 1972 nur noch zwei, eventuell sogar nur noch einer der gegenwärtig aktiven Landesväter im Amte sein werden.

Frauenstimmrecht in den Zürcher Gemeinden?

Am 14. September werden die Zürcher Stimmberchtigten darüber zu entscheiden haben, ob die Gemeinden des Kantons die Möglichkeit erhalten sollen, das Frauenstimmrecht in kommunalen Angelegenheiten einzuführen. Die Kampagne hat bis jetzt – im Gegensatz zu jener vor drei Jahren, als es um das volle Stimmrecht ging – noch keine allzu hohen Wellen geworfen. 1966 standen sich 53,6% Nein und 46,4% Ja gegenüber. Das bedeutete gegenüber der eidgenössischen Abstimmung von 1959 immerhin eine Reduktion des Neinüberschusses von 54800 auf 14400. Nun macht es den Anschein, als ob es gelingen könnte, mit der Methode der «kleinen Dosen» einigermassen reibungslos weiterzukommen. Von grosser Bedeutung wird dabei sein, ob der Widerstand in den ländlichen Gebieten noch immer so massiv sein werde wie 1966. Damals gab es bäuerliche Gemeinden mit über 90% Stimmberchtigung und einer erdrückenden Mehrheit von Neinstimmen, während in den befürwortenden städtischen und halbstädtischen Gebieten die Leidenschaften keine so

hohen Wellen warfen, lag bei ihnen die «Rekordstimmberchtigung» doch bei nur 67%.

Es mag fast als Zwängerei erscheinen, dass im Kanton Zürich nach nur drei Jahren ein neuer Anlauf erfolgt. Anderseits hat sich aber nach den Beispielen der Kantone Bern und Graubünden mit dem erfolgreichen stufenweisen Vorgehen sowie nach dem knappen Resultat von 1966 ein Versuch in dieser Richtung geradezu aufgedrängt. Bekanntlich haben im Kanton Bern in verhältnismässig kurzer Zeit nicht weniger als 200 Gemeinden von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die politische Gleichberchtigung der Frauen auf kommunaler Ebene zu verwirklichen. Ausgangspunkt für die heutige Vorlage bildete übrigens eine Behördeninitiative des Stadtrates von Zürich im Jahre 1967, die von Regierungsrat und Parlament sehr speditiv behandelt worden ist. Der Kantonsrat billigte dabei die Verfassungsänderung mit 134 zu 5 Stimmen. Inzwischen haben bereits einzelne Gemeinden bedingte Abstimmungen mit positivem Ausgang durchgeführt, während andere – wie die Stadt Zürich – am 14. September neben der Verfassungsvorlage zugleich die entsprechende Abänderung der Gemeindeordnung vor das Volk bringen.

So deutet einiges darauf hin, dass bei den Zürcher Gemeindewahlen vom nächsten Frühling ein beträchtlicher Teil der Frauen das Recht zum Urnengang haben wird.

Spectator

KIRCHE – APO – ANTITYP

Betrachtungen zum 14. Deutschen Evangelischen Kirchentag

Der Kirchentag wurde von 1949 bis 1954 alle Jahre abgehalten, 1954 zum letzten Male in der Ostzone. Von da an fiel der Eiserne Vorhang für den Besuch aus dem

russischen Besatzungsbereich. Nach dem Schock der Trennung wurde ein zweijähriger Turnus aufgenommen. Immer schon war die Jugend stark beteiligt. Seit in